Stand: 28.08.2025 17:26:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6234

"Migrationspolitische Verantwortung im Mittelmeer wahrnehmen, humanitäre Verpflichtung erfüllen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6234 vom 22.04.2015
2. Beschluss des Plenums 17/6269 vom 22.04.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.04.2015 berichtigte **Drucksache 17/6234**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Walter Taubeneder, Alex Dorow, Judith Gerlach, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Alexander König, Bernd Kränzle, Andreas Lorenz, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Migrationspolitische Verantwortung im Mittelmeer wahrnehmen, humanitäre Verpflichtung erfüllen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund und bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass ausgehend von der humanitären Verpflichtung zum Schutz der Bootsflüchtlinge, geleitet vom Grundsatz der Solidarität sowie der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und unter Wahrnehmung der migrationspolitischen Verantwortung Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass Menschen auf See ihr Leben verlieren.

Hierzu zählen insbesondere folgende Punkte:

– Der Dialog mit den Transitländern und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten ist zu intensivieren. Hierzu gehören auch verstärkte Grenzschutzkooperationen der EU mit Staaten Nordafrikas (z.B. Tunesien oder Ägypten). Eine solche Zusammenarbeit böte die Chance, lebensgefährliche Überfahrten in häufig überfüllten und nicht seetüchtigen Booten von vornherein zu verhindern und den Schleusern die Grundlage für ihre kriminellen Machenschaften zu entziehen.
– Die Grenzüberwachung ist zu verstärken, um zum einen für ein genaueres Lagebild auf See zu sorgen und zum anderen schnell zum Schutz und zur Rettung der Leben von Flüchtlingen in Seenot beizutragen. Die Ressourcen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sind hierfür aufzustocken und deren Rettungsaufgaben weiter auszubauen. Seit dem Beginn der Frontex-Operation Triton im November 2014 wurden insgesamt fast 25.000 Menschenleben gerettet, fast 8.000 unter Beteiligung von durch Frontex finanzierten Kräften. Dies unterstreicht, dass die Agentur die EU-Mitgliedstaaten nicht nur beim Schutz der Außengrenzen, sondern auch bei der Seenotrettung erfolgreich unterstützen kann.
– Gegen die menschenverachtenden Schlepperbanden muss in Zukunft unter Koordination der EU noch schärfer vorgegangen werden.
– Durch eine gemeinsame europäische Entwicklungshilfepolitik müssen die Lebensbedingungen der Menschen in den Herkunftsländern deutlich verbessert werden.

Begründung:

Eine verantwortungsbewusste Migrationspolitik muss die Verpflichtung, die EU-Grenzen zu sichern und damit illegale Migration in die EU zu verhindern, mit der humanitären Verpflichtung, den an den Grenzen in Seenot geratenen Menschen zu helfen, in Einklang bringen. Die Beschränkung auf Seenotrettung wäre geradezu eine Einladung an Schlepper, Menschen in unsichere Boote zu setzen. Internationale Schlepperbanden betreiben ihr menschenverachtendes Geschäft, mit dem Milliarden umgesetzt werden, ohne Rücksicht auf Menschenleben. Immer mehr Menschen werden in dieser Erwartung auch immer größere Risiken in Kauf nehmen, um in die Europäische Union zu gelangen. Daher bedarf es eines umfassenden Ansatzes, der schnell umgesetzt werden muss, ohne langwierig neue Strukturen zu schaffen. Hierzu bietet sich eine Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex nicht nur im Bereich Grenzüberwachung, sondern vor allem auch bei deren Rettungsaufgaben an. Aber auch weitere Maßnahmen, u.a. im Bereich der Entwicklungspolitik, sind erforderlich, um zu verhindern, dass Menschen sich überhaupt auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer begeben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.04.2015 **Drucksache 17/6269**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Walter Taubeneder, Alex Dorow, Judith Gerlach, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Alexander König, Bernd Kränzle, Andreas Lorenz, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

ber. Drs. 17/**6234**

Migrationspolitische Verantwortung im Mittelmeer wahrnehmen, humanitäre Verpflichtung erfüllen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund und bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass ausgehend von der humanitären Verpflichtung zum Schutz der Bootsflüchtlinge, geleitet vom Grundsatz der Solidarität sowie der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und unter Wahrnehmung der migrationspolitischen Verantwortung Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass Menschen auf See ihr Leben verlieren.

Hierzu zählen insbesondere folgende Punkte:

– Der Dialog mit den Transitländern und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten ist zu intensivieren. Hierzu gehören auch verstärkte Grenzschutzkooperationen der EU mit Staaten Nordafrikas (z.B. Tunesien oder Ägypten). Eine solche Zusammenarbeit böte die Chance, lebensgefährliche Überfahrten in häufig überfüllten und nicht seetüchtigen Booten von vornherein zu verhindern und den Schleusern die Grundlage für ihre kriminellen Machenschaften zu entziehen.
– Die Grenzüberwachung ist zu verstärken, um zum einen für ein genaueres Lagebild auf See zu sorgen und zum anderen schnell zum Schutz und zur Rettung der Leben von Flüchtlingen in Seenot beizutragen. Die Ressourcen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sind hierfür aufzustocken und deren Rettungsaufgaben weiter auszubauen. Seit dem Beginn der Frontex-Operation Triton im November 2014 wurden insgesamt fast 25.000 Menschenleben gerettet, fast 8.000 unter Beteiligung von durch Frontex finanzierten Kräften. Dies unterstreicht, dass die Agentur die EU-Mitgliedstaaten nicht nur beim Schutz der Außengrenzen, sondern auch bei der Seenotrettung erfolgreich unterstützen kann.
– Gegen die menschenverachtenden Schlepperbanden muss in Zukunft unter Koordination der EU noch schärfer vorgegangen werden.
– Durch eine gemeinsame europäische Entwicklungshilfepolitik müssen die Lebensbedingungen der Menschen in den Herkunftsländern deutlich verbessert werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Christine Kamm
Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Klaus Steiner
Abg. Dr. Martin Huber
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn
Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann
Abg. Hubert Aiwanger
Staatsministerin Dr. Beate Merk
Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: - Können wir uns wieder ein bisschen beruhigen? – Das wäre schön. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Aus Zeitgründen können wir die namentliche Abstimmung noch nicht durchführen. Deshalb ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlingspolitik: Leben retten, Verantwortung übernehmen, legale Wege öffnen (Drs. 17/6213)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)
Migrationspolitische Verantwortung im Mittelmeer wahrnehmen, humanitäre Verpflichtung erfüllen (Drs. 17/6234)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster u. a. und Fraktion (SPD)
Handeln statt verhandeln: Mit EU-Sofortprogramm Menschen retten und Fluchtursachen bekämpfen (Drs. 17/6235)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Menschenwürde achten, Flüchtlingsdramen nachhaltig verhindern (Drs. 17/6236)

(Unruhe)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Diese findet aber jetzt noch nicht statt. Deswegen bitte ich Sie, die Gespräche entweder draußen weiterzuführen oder die Plätze einzunehmen. Ich eröffne die ge-

meinsame Aussprache. Als erste Rednerin darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. Bitte schön.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Frau Kollegin, bitte warten Sie einen Augenblick. - Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Allein seit Beginn dieses Jahres sind mehr als 1.800 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, um in Europa Schutz zu finden vor Krieg, Verfolgung, Not oder Zwangsrekrutierung in einem Unrechtsstaat, ums Leben gekommen. Am 18. April 2015 sind 900 Schutzsuchende auf grauenhafte Weise in einem umgekippten Fischkutter ertrunken. Meine Kolleginnen und Kollegen, dieses Datum muss eine Zäsur sein, um endlich einen Richtungswechsel in unserer europäischen Flüchtlingspolitik einzuleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Europa der Menschenrechte und der Freiheit kann es nicht geben, wenn vor Europas Toren Hunderte von Menschen zu Tode kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schon lange ist das Sterben im Mittelmeer eines der bedrückendsten Probleme Europas. Eine Kehrtwende, die wir jetzt dringend brauchen, hätte es bereits im Oktober des Jahres 2013 geben müssen, als vor Italiens Küste 366 Menschen ums Leben gekommen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider handelte die EU nicht. Leider leitete sie keine Kehrtwende in ihrer Flüchtlingspolitik ein. Zwar gab es Worte der Betroffenheit, wie wir sie jetzt auch wieder vernehmen, jedoch folgte kein angemessenes Handeln der EU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einzig und allein Italien handelte und organisierte das zivile Seenotrettungssystem Mare Nostrum. Doch die anderen europäischen Länder ließen Italien sowohl mit der Durchführung als auch mit der Finanzierung der Seenotrettung allein. Mare Nostrum konnte über 150.000 Menschen retten und wurde leider im Herbst 2014 beendet. Das war ein schlimmer Fehler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An die Stelle von Mare Nostrum trat die Operation Triton, die jedoch weder das Mandat noch die Ressourcen für eine ausreichende Seenotrettung hat und finanziell wesentlich geringer ausgestattet ist. Seit Einstellung von Mare Nostrum sind die Opferzahlen im Mittelmeer weiter von Monat zu Monat gestiegen. Wir brauchen jetzt ein ausreichend starkes ziviles europäisches Seenotrettungssystem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was derzeit im Zehn-Punkte-Plan der EU steht, genügt uns nicht. Dort wird noch nicht einmal das erwähnt, was Bundesinnenminister de Maizière versprochen hat, nämlich eine Verdoppelung der Mittel für Triton. Im Zehn-Punkte-Plan wird nur eine Verdoppelung der Schiffe angeführt. Außerdem reicht eine Verdoppelung der Mittel nicht. Die Seenotrettung Mare Nostrum war finanziell wesentlich besser, nämlich dreimal so stark wie Triton, ausgestattet. Im Jahr kostete Mare Nostrum etwa so viel wie zwei Tage des G-7-Gipfels in Elmau. Ich denke, das muss uns mindestens die Seenotrettung im Mittelmeer wert sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die weiteren Punkte des Zehn-Punkte-Plans der EU sind teilweise ebenfalls höchst bedenklich. Die EU, so heißt es dort, solle nun darauf setzen, im Mittelmeer bis zur Südküste Boote von potenziellen Schmugglern zu zerstören. Mit solchen Vorschlägen verkehrt man die humanitäre Tragödie in einen Vorwand für riskante militärische

Abenteuer. Damals basierte die Seemission "Atalanta" auf UN-Beschlüssen. Eine Selbstermächtigung der EU, an Nordafrikas Küsten militärisch zu operieren, darf es nicht geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Vermutung, Grenzkooperationen mit Unrechtsstaaten könnten für Sicherheit sorgen, ist abenteuerlich. Bitte überlegen Sie, was Sie schreiben. Sehen Sie von dem Versuch ab, mit Unrechtsstaaten zum Nachteil der Flüchtlinge zu kooperieren. Sie setzen in Ihrem Antrag im Wesentlichen auf die Grenzsicherung. Die Grenzsicherung führt jedoch nicht zur Lösung der Probleme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies haben schon die Grenzbefestigungen gezeigt, die im Südosten Europas zwischen Bulgarien und der Türkei verstärkt worden sind. Dies führte dazu, dass viele Menschen nicht mehr versuchen, über den Landweg nach Europa zu kommen, sondern den gefährlicheren Seeweg wählen. Zudem sind sehr viele Menschen, die sich derzeit in Libyen befinden, wo die meisten Schiffe ablegen, zunehmend schutzlos. Die Situation ist fatal. Den Flüchtlingen dort drohen ständig Verhaftungen und Misshandlungen. Mit solchen Systemen können Sie nicht zusammenarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen: Dem täglichen Sterben vor den Türen Europas muss jetzt ein Ende gesetzt werden. Statt eines Schutzes der Grenzen vor Flüchtlingen brauchen wir endlich einen Korridor für die Einreise von Schutzsuchenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich einen Schutz für Flüchtlinge statt eines Schutzes der Grenzen. Mit europäischen Kontingentlösungen – Botschaftsasyl und Visa-Lösungen – muss

eine Alternative zu den tödlichen Versuchen, nach Europa zu kommen, geschaffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen legale Alternativen zur lebensgefährlichen Flucht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir hoffen, dass diese Tragödie zu einem Richtungswechsel führt. Wir hoffen, dass wesentlich mehr europäische Hilfe für die Flüchtlinge nicht nur angekündigt, sondern auch tatsächlich geleistet wird. Wir hoffen, dass Europa angemessen auf die Not der Menschen reagiert und nicht länger wegsieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christine Kamm (GRÜNE): Ja, das können wir jetzt machen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sind Sie schon fertig?

Christine Kamm (GRÜNE): Ja.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Steiner, Sie haben das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin Kamm, Sie spielen mal wieder die große Anklägerin. Zum ersten. Sie werfen uns vor, wir hätten kein Konzept. Welche Konzepte haben Sie? Erklären Sie den Begriff "Kontingentlösungen" in Nummer 4 Ihres Antrags. Was meinen Sie mit der Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten? Kontingent bedeutet: Man lässt eine bestimmte Anzahl hinein – dann ist Schluss. Ich formuliere es jetzt so platt. Jetzt warten allein in Libyen fast eine Million Leute auf ihre Einreise. Ist das Kontingent dann ausgeschöpft? Umfasst das Kontingent zehn Millionen Menschen?

(Margarete Bause (GRÜNE): Ihr habt keine Ahnung!)

Zum Zweiten. Was machen Sie dann mit unserem Asylrecht? Welche rechtliche Position hat unser Asylrecht gemäß Artikel 16 a des Grundgesetzes? Das klingt nach Mischmasch, nach Gemischtwarenladen: Einreise, Einwanderung, legale Einreise, Asylrecht. Was soll es dann sein? Was soll das Ganze sein?

Zum Dritten. Dieser Punkt liegt mir am Herzen. Auch Ihre Asylpolitik ist für viele Leute mit der Anlass zu sagen, es gibt diese Willkommenskultur in Europa, da machen wir uns einmal auf den Weg. - Damit gaukeln wir den Menschen etwas vor.

Außerdem stellt sich die Frage, was Eingreifen in Krisensituationen bedeutet. Wie soll das aussehen? Ich nenne das Beispiel Boko Haram. Wie soll das aussehen? Sie wollen nicht militärisch vorgehen. Das ist zugegebenermaßen schwierig. Wir gaukeln doch diesen Menschen etwas vor. Sie haben doch selbst keine Lösungen. Sie schlagen hier zum Teil wirres Zeug vor.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Selber wirr!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, welchen Stellenwert das Asylrecht bei Ihnen hat, müssen Sie selber beantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Wenn Menschen aus Unrechtsregimen fliehen, wenn Menschen versuchen, sich beispielsweise in Somalia oder Eritrea der Zwangsrekrutierung zu entziehen und zu uns fliehen, dann sollten sie, denke ich, die Chance haben, zu uns zu kommen. Wenn Menschen versuchen, aus der Umzingelung von Orten in Syrien oder im Nordirak zu fliehen und hier Schutz zu suchen,

(Zuruf von der CSU)

sollten sie die Chance haben, hierher zu kommen. Das war die konkrete Antwort auf die Frage Nummer drei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege, Sie haben noch gefragt, was Kontingentlösungen sind. Es ist völlig klar, dass eine Kontingentlösung ein Schritt neben dem Asylsystem ist. In dessen Rahmen erfolgt eine Zusicherung, eine bestimmte Zahl von besonders notleidenden Menschen hier aufzunehmen.

(Unruhe bei der CSU – Zurufe von der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Haben wir doch schon!)

- Was für ein Problem haben Sie bitte? Warum schreien Sie hier rum?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte geben Sie Antwort auf die Frage.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich glaube, dass ich Ihnen erläutern konnte, was Kontingentlösungen sind. Herr Heike, wackeln Sie nicht immer mit dem Kopf in diese Richtung! Das ist verkehrt. Sie wissen selber, was Kontingentlösungen sind. Informieren Sie sich doch bitte auch bei den Wohlfahrtsverbänden.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wir warten auf eine Antwort!)

- Ich antworte Ihnen doch. Es war nach Kontingentlösungen gefragt, und ich sage Ihnen, was Kontingentlösungen sind. Kontingentlösungen sind dafür da, um Menschen, die in besonderen Notlagen sind, Schutz zu geben.

(Zuruf von der CSU – Claudia Stamm (GRÜNE): Das ist doch lächerlich, die Erbsenzählerei da drüben!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bitte echauffieren Sie sich nicht. Ihre Redezeit ist eh um. Sie haben zwei Minuten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit bei der CSU)

Ihre Zeit ist leider um. Es tut mir leid.

Christine Kamm (GRÜNE): Es war ja gar nicht meine Redezeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie können höchstens Ihre Redezeit noch ausnützen. Das kann ich Ihnen anbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächster Redner ist Herr Dr. Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben noch die dramatischen Bilder des tragischen Unglücks im Mittelmeer vor Augen. Ich glaube, die Erschütterung über das Geschehene verbindet uns alle. Das Leid der vielen Menschen, die zwischen Verzweiflung und Hoffnung einen höchst riskanten Weg auf sich genommen haben und dabei ums Leben gekommen sind, ist unvorstellbar. Jedes einzelne Schicksal ist tragisch, und wir fühlen mit den Opfern und den Angehörigen, die vielleicht nie von dem Schicksal ihres Sohnes, ihrer Tochter, ihrer Geschwister oder Enkel erfahren. Wir haben heute zu Beginn der Sitzung in einer Schweigeminute ihrer gedacht.

Ich bin aber davon überzeugt, dass das Problem der Fluchtbewegungen nur zu lösen ist, wenn man die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft. Deutschland ist hier schon tätig. Zum Beispiel leistet das Bundesentwicklungsministerium mit unserem Minister Gerd Müller in diesem Jahr zum afrikanischen Entwicklungsfonds und an die afrikanische Entwicklungsbank einen Beitrag in Höhe von 176 Millionen Euro.

(Zuruf von den GRÜNEN: Unglaublich!)

Die deutschen bi- und multilateralen Nettoleistungen in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit belaufen sich allein für Afrika auf über 3,7 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kommt das große Engagement von zahlreichen Stiftungen, der Wirtschaft und

von Zivilpersonen aus Deutschland, die in Afrika vor Ort Unterstützung leisten und Hilfe zur Selbsthilfe bieten. All diesen ehrenamtlichen Helfern sei auch hier an dieser Stelle herzlich gedankt. Sie leisten großartige Arbeit und setzen sich nicht selten Gefahren aus, die ihnen vielleicht gar nicht bewusst sind.

Trotz unserer Hilfen können wir nicht verhindern, dass Menschen fliehen, weil sie woanders bessere Zukunftsperspektiven vermuten oder weil ihnen viel versprochen wird. Sie gehen erhebliche Risiken ein, vielleicht ohne es zu wissen. Besonders schlimm ist hierbei, wenn ganze Dörfer ihr weniges Geld zusammenlegen, um für einen jungen Mann die Schleusung nach Europa zu bezahlen. Wenn man sich überlegt, was mit Summen von über 5.000 Euro und mehr in dem Heimatland erreicht werden könnte, wird es noch dramatischer.

Ja, es ist die Aufgabe der Europäischen Union und von uns allen, die Menschen an unseren Außengrenzen im Mittelmeer nicht ertrinken zu lassen, sondern Leben zu retten. Italien hat das ein Jahr lang im Rahmen der Operation Mare Nostrum erfolgreich praktiziert und über 100.000 Menschenleben gerettet. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex hat nach dem Ende von Mare Nostrum die Operation Triton gestartet, die auch den Schutz der Außengrenzen zum Inhalt hat.

Angesichts der schrecklichen Ereignisse, die sich zur Zeit im Mittelmeer abspielen, muss die Europäische Union aus unserer Sicht verstärkt in der Seenotrettung tätig werden. Zur Stärkung der Europäischen Seenotrettung ist eine EU-Rettungsflotte mit einem umfassenden Handlungsauftrag zu versehen. Dazu müssen alle europäischen Länder ihren Beitrag leisten. Die EU und Deutschland waren auch in der Vergangenheit an den EU-Außengrenzen engagiert. Italien hat eine Soforthilfe in Höhe von 13,7 Millionen Euro erhalten. Insgesamt erhält Italien von der EU mehr als 500 Millionen Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020, um auf den Migrationsdruck reagieren zu können. Auch Deutschland leistet im Rahmen der Operation Triton seinen Beitrag und stellt Einsatzmittel und Einsatzpersonal zur Verfügung. Diese Beiträge müssen nun ausgeweitet werden. Die Seenotrettung muss stärker berücksichtigt werden.

Wir stellen uns vor, dass die Europäische Rettungsflotte eng mit der EU-Agentur Frontex zusammenarbeiten sollte. Wir sagen auch ganz deutlich: Grenzschutz und Seenotrettung müssen Hand in Hand gehen. Man kann das nicht voneinander trennen. Der Schutz der EU-Außengrenzen ist ein zentraler Punkt, weil dieser zusätzliche Auftrag eine erhebliche Sogwirkung verhindert. Wäre der Auftrag auf die Seenotrettung beschränkt, würden noch viel mehr Menschen das große Risiko auf sich nehmen, eine Mittelmehrüberfahrt anzustreben, weil sie dann ja von einer Rettung ausgehen können. Eine erhebliche Zunahme dieser lebensgefährlichen Fahrten wäre die Folge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die Schleuser nicht in ihren kriminellen Machenschaften unterstützen, sondern wir wollen Menschenleben retten, indem wir sie schon vor dem Betreten des Bootes bewahren. Auf europäischer Ebene müssen außerdem Maßnahmen ergriffen werden, um den verbrecherischen Schleusern das Handwerk zu legen. Dies kann zum Beispiel durch verstärkte Grenzschutzkooperationen der EU mit den Staaten Nordafrikas, mit Tunesien oder Ägypten geschehen. Dadurch kann verhindert werden, dass Menschen diese waghalsige Überfahrt antreten. Wenn sie es doch tun und in Seenot geraten, ist es unsere Pflicht, sie vor dem Ertrinken zu retten. Ich glaube, da besteht überhaupt kein Dissens. Aber die vorliegenden Anträge der GRÜNEN, der SPD und der FREIEN WÄHLER fordern mehr legale Einwanderungen bzw. ein Einwanderungsgesetz. Da muss man klipp und klar sagen: Ein Einwanderungsgesetz bedeutet mehr Zuwanderung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nicht unbedingt! – Katharina Schulze (GRÜNE): Ja und?)

Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das den Menschen ehrlich sagen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Demografischer Wandel!)

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen dürfen wir die Solidarität unserer Bevölkerung nicht überstrapazieren. Wenn wir die positive Stimmung und die Hilfsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung behalten wollen,

(Zuruf von der SPD)

dürfen wir nicht mehr Zuwanderung verlangen, sondern müssen Lösungen für diejenigen Flüchtlinge finden, die bereits da sind und einen Asylgrund haben.Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, anstatt ein Einwanderungsgesetz und mehr legale Zuwanderung zu fordern, hätte Rot-Grün im Bundesrat auch der Initiative Bayerns zustimmen können, weitere Staaten als sichere Herkunftsstaaten einzustufen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

Aus Albanien, aus dem Kosovo und aus Montenegro kommen keine Kriegsflüchtlinge.

(Beifall bei der CSU)

Aus diesen Ländern kommen keine Menschen, die bei uns einen Asylgrund haben.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die kommen doch nicht über das Mittelmeer!)

Unser Asylrecht ist nicht dazu da, die wirtschaftlichen Probleme in den Herkunftsländern zu lösen. Wer aber aus Kriegsgebieten kommt, zu uns flüchtet und hier Schutz sucht, der soll auch Schutz bekommen.

(Unruhe bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Jetzt weiß er nicht mehr weiter!)

- Ich weiß schon weiter, mir ist nur ein Spruch eingefallen; und ich sage ihn jetzt doch: Politik mit dem Kopf machen, nicht mit dem Kehlkopf. Das sollten Sie sich manchmal überlegen!

(Beifall bei der CSU)

Wer aus Kriegsgebieten kommt und zu uns flüchtet, wer hier Schutz sucht, der muss diesen Schutz auch bekommen. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass unberechtigte Asylsuchende den wirklich Schutzbedürftigen den Platz und die Solidarität der Bevöl-

kerung wegnehmen. Gerade in der derzeitigen Situation müssen wir darauf achten, dass die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen positiv bleibt.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Da hat die Politik Verantwortung!)

Da hilft es nicht, wenn wir immer mehr Zuwanderung fordern.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Dabei hilft kluges und sachliches Handeln: Hilfe dort, wo Hilfe gebraucht wird, und Rettung dort, wo Menschenleben gerettet werden müssen. Wir können aber nicht alle Probleme dieser Welt innerhalb Europas lösen. Wir können nicht alle Probleme dieser Welt auf europäischem Boden lösen. Das können wir nicht, und das kann auch unsere Bevölkerung nicht mehr schultern. Wir fordern in unserem Antrag deshalb, die Seenotrettung zu stärken und gleichzeitig den Schutz der EU-Außengrenze zu verbessern und Schleusern das Handwerk zu legen. Die Anträge von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN lehnen wir ab. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Dr. Huber, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst Herr Kollege Stümpfig, dann Herr Kollege Dr. Fahn.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Huber, ich möchte erst einmal fragen, auf welchem Weg die Balkanstaaten übers Mittelmeer zu uns kommen sollen. Thema war eindeutig das Problem, das wir in den letzten Tagen haben, und zwar, dass viele Menschen im Mittelmeer ertrinken. Das hat doch nichts mit Montenegro zu tun. Bitte vermischen Sie hier keine unterschiedlichen Themen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe noch eine Frage an Sie, es ist auch Ihre Initiative. Die CSU möchte also Gespräche mit den Machthabern in Nordafrika führen. Nennen Sie mir doch einmal den derzeitigen Machthaber in Libyen, wenn das für Sie so einfach ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch eine Frage zur Entwicklungshilfe: Ich war zweieinhalb Jahre als Entwicklungshelfer in Mali tätig. Was wir als Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklungshilfe machen, ist beschämend. Wir krebsen bei 0,38 % von unserem Bruttoinlandsprodukt herum. Die Zusagen umfassen eigentlich 0,7 %. Wir tun also viel zu wenig, um in den Ländern wirklich Aufbauarbeit zu leisten. Was machen denn die Menschen beispielsweise in Mali, wenn sie nicht mehr von dem leben können, was ihre tägliche Arbeit erbringt? Was haben die denn für Alternativen? – Da sind wir als reiches Industrieland doch wirklich gefragt, ein bisschen mehr abzugeben. Da könnte auch Bayern ein gutes Vorbild sein. Nennen Sie also bitte nicht Zahlen, die belegen sollen, was die Bundesrepublik alles getan hat. Wir müssen vielmehr bei dem nachbessern, was wir derzeit tun. Wir tun einfach viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Stümpfig, der Anfang Ihrer Wortmeldung war bezeichnend und zeigt eigentlich schon Ihr Grundproblem auf, dass Sie nämlich die Dinge nur isoliert betrachten und sich immer das Kleine heraussuchen, anstatt das große Ganze zu sehen. Wenn wir heute über Flüchtlinge und Migration sprechen und wenn wir darüber sprechen, dass Sie in Ihrem Antrag explizit ein Einwanderungsgesetz fordern, dann können wir doch nicht so tun, als gäbe es Flüchtlinge, die aus dem einen Teil der Erde kommen, und Flüchtlinge, die aus dem anderen Teil der Erde kommen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das muss man schon im Zusammenhang sehen. Die Aussage passt deshalb sehr wohl in meinen Redebeitrag hinein. Wenn Sie sich vor der Verantwortung drücken und nicht wahrhaben wollen, dass Sie, nämlich die rot-grünen Länder im Bundesrat, die Einigung verhindert haben, dann verstehe ich das. Ich möchte das an Ihrer Stelle draußen vor Ort auch nicht vertreten müssen. Jetzt aber so zu tun, als hätte das in dieser Debatte nichts zu suchen, ist einfach nur Augenwischerei.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun bitte die nächste Wortmeldung. Das ist Herr Kollege Dr. Fahn.

Dr. Martin Huber (CSU): Ich habe aber noch nicht gesagt, dass ich fertig bin. - Zum Thema Entwicklungshilfe: Natürlich ist das Ziel, die 0,5 % zu erreichen. Ich habe auch nicht gesagt, dass wir am Ende der Fahnenstange angelangt sind. Da brauchen wir uns nicht misszuverstehen. In der aktuellen Debatte sind wir immer wieder mit den Fluchtursachen vor Ort konfrontiert, und wenn wir die bekämpfen wollen, dann dürfen wir in der Entwicklungshilfe nicht den Status quo festschreiben. Natürlich brauchen wir da mehr Initiativen; das bestreitet auch niemand.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das sagen Sie schon lange, aber Sie tun nichts!)

Nun noch zu Ihrer Frage betreffend Libyen. Ohne Zweifel ist Libyen das größte Problemfeld, weil es dort keine Strukturen mehr gibt. Libyen habe ich aber gar nicht erwähnt. Ich habe Tunesien erwähnt und Marokko. Von Libyen habe ich gar nichts gesagt. Libyen ist ohnehin ein starker Brennpunkt. Auch in dieser Frage sind wir uns einig. Es freut mich aber, dass Sie wenigstens das eine oder andere realistisch anerkennen. Das ist schon einmal ein guter Schritt.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Huber, Sie haben angekündigt, den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER abzulehnen. Hier schießen Sie ein Eigentor, und das werde ich jetzt belegen. Haben Sie die gestrige Pressemitteilung des Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer gelesen? Die müssten Sie eigentlich um 16.42 Uhr auch bekommen haben. Hier steht es, Pressemitteilung: "Besser spät als nie." – Wir FREIEN WÄHLER haben in unserem Antrag die Punkte, die der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung fordert, wortwörtlich aufgenommen. Wir haben diese Forderungen in unserem Antrag gebracht. Bitte sagen Sie, warum Sie diese Forderungen Ihres Integrationsbeauftragten, der sogar in der Staatskanzlei einen Platz haben soll, ablehnen? – Sie brüskieren hier Martin Neumeyer doch im extremen Maße. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit schon einmal sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sagen Sie doch bitte, welche Punkte der FREIEN WÄHLER, die Wort für Wort den Forderungen von Martin Neumeyer entsprechen, von Ihnen abgelehnt werden. Im letzten Punkt fordern wir eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik. Diesen Passus haben wir wortwörtlich von der CSU übernommen. Diesen Punkt haben Sie gestern im Europaausschuss verabschiedet. Sie haben diesem Punkt zugestimmt. Sie brüskieren also den eigenen Integrationsbeauftragten auf massive Weise. Nehmen Sie dazu Stellung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Dr. Fahn, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, dann haben Sie gerade zugegeben, dass die FREIEN WÄHLER ihre Anträge nicht selber schreiben, sondern bei uns kopieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): In diesem Fall aber nur!)

Habe ich Sie da richtig verstanden? – Sie nehmen unsere Pressemitteilungen, kopieren die Passagen, die Ihnen gefallen, und machen daraus eigene Anträge?

(Heiterkeit bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist in diesem Fall richtig! – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Dr. Martin Huber (CSU): Das ist mit Sicherheit ein interessanter Ansatz.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Dr. Paul Wengert (SPD): Herr Kollege Dr. Huber, das ist ein ziemlich billiges Ablenkungsmanöver von Ihnen! – Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Dr. Huber, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Wengert, ich glaube, Sie haben doch gehört, dass Herr Dr. Fahn gesagt hat, er hat unsere Pressemeldung kopiert und daraus einen eigenen Antrag gemacht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil es so gut war, was Sie gebracht haben! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

- Ich würde gerne antworten, wenn Sie mich ausreden lassen. Soviel zum Thema Bierzelt.

Herr Dr. Fahn, in Ihrem Antrag ist auch die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz verklausuliert enthalten. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen, weil wir der festen Überzeugung sind, dass ein Einwanderungsgesetz am Ende des Tages mehr Zuwanderung bedeutet, nicht weniger, und die Zuwanderung wird auch nicht besser geregelt. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Einen Dissens zwischen uns und unseren Leuten zu konstruieren - das probieren Sie immer wieder. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, aber das werden Sie nicht schaffen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es wird keinen Dissens geben, wenn man nicht weiß, was jemand gesagt hat!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sind Sie jetzt fertig, Herr Dr. Huber?

Dr. Martin Huber (CSU): Ja.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gut, danke schön. - Dann bitte ich jetzt Herrn Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann ans Rednerpult.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs will ich auf die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Steiner eingehen. Das ist mir wichtig, und ich glaube, das ist auch notwendig. Lieber Herr Steiner, Sie haben gefragt, wie viele Leute denn vor der Türe stehen, wie viele warten, um einreisen zu können. Ich sagen Ihnen, Herr Steiner, es ist egal, wie viele Leute irgendwo warten, um einreisen zu können. Auf dem Mittelmeer dürfen keine Menschen sterben! Das ist überhaupt keine Frage!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Steiner, Sie haben das Megaproblem Asylpolitik angesprochen, wofür es in der Tat keine einfachen Antworten gibt.Aber auch hier sage ich: Egal, wie groß das Megaproblem Asylpolitik ist, auf dem Mittelmeer dürfen keine Menschen sterben.

Sie haben – und das finde ich dann doch besonders bemerkenswert – die GRÜNEN attackiert, weil sie Vorschläge gemacht haben, wie man ein Megaproblem lösen könnte. Nun kann man sagen "Die Vorschläge finden nicht unsere Zustimmung" oder "Wir haben eine differenzierte Meinung". Hier aber den Versuch, Vorschläge zu machen, die durchaus auch bundesweit diskutiert werden, als "wirres Zeug" zu bezeichnen, finde ich beschämend für dieses Haus.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies zeigt, was Sie wollen. Ich bin davon überzeugt – das zeigt Ihre ganze Politik der letzten Monate –, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, dass es hier um eine humanitäre Katastrophe geht, die mit Grenzschutzkontrollen nicht zu beheben ist. Das haben Sie immer noch nicht verstanden, und genau darauf will ich jetzt auch hinaus.

Herr Dr. Huber, vielleicht auch zu Ihnen noch zwei Sätze: Ja, es wird mittlerweile sogar von der CSU ein Einwanderungsgesetz verlangt und gefordert. Das ist kein Geheimnis. Das sollten Sie vielleicht einmal nachlesen. Ich glaube auch, dass ein Einwanderungsgesetz, das vernünftig gestaltet wird – wir kennen doch die Inhalte noch gar nicht –, jedenfalls besser ist als Grenzabschottungspolitik mit der Folge, dass Illegale sozusagen aufs Mittelmeer gezwungen werden und da jämmerlich ihr Leben verlieren. Da ist jedes Einwanderungsgesetz besser, das Sie so gerne ablehnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Am Dienstag hat die Internationale Organisation für Migration festgestellt: Seit Jahresbeginn sind 30-mal mehr Flüchtlinge ertrunken als im gleichen Zeitraum vorher. Seit dem Unglück im Oktober 2013 vor Lampedusa gibt es Appelle verschiedenster Organisationen, angefangen beim Heiligen Stuhl,

(Zuruf von der CSU: Oh! Oh! Oh!)

– das ist so –, über NGOs und Menschenrechtsorganisationen, dem UNHCR, der WHO bis zu vielen anderen. Sie haben damals verlangt: Jetzt muss Schluss sein mit dem Sterben auf dem Mittelmeer! Alle haben gesagt "Ja, so ist es" und Beifall geklatscht. Was war die Folge? – All diese Appelle hatten keinen Erfolg. Ich sage Ihnen: Die Abschottungsgrenzpolitik, die hier betrieben wird, ist krachend gescheitert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese dramatische Situation bringt Journalisten und Redaktionen dazu, entsprechende Kommentare abzugeben. Das ist doch der Grund, warum die "Süddeutsche Zeitung" in einem Leitkommentar schreibt: Die EU tötet. – Das ist nicht meine Diktion, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber es kommt nicht von ungefähr; es kommt daher, dass seit Jahren Appelle einfach gegen die Wand gesprochen sind. Aus diesem Grund führt die Verzweiflung zu solchen Kommentierungen.

Das Gegenteil ist der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit den Appellen von 2013, als 400 Menschen vor Lampedusa ertrunken sind, ist Folgendes passiert: "Mare Nostrum" wurde abgeschafft, reiche Mitgliedsländer der EU – ich nenne ausdrücklich zum Beispiel Großbritannien – nehmen sage und schreibe 200 Kriegsflüchtlinge aus Syrien auf, es gibt Länder in der EU, die nehmen null auf.

(Klaus Steiner (CSU): Tschechien!)

Die Auffassung, dass es so nicht geht, sollte uns hier alle in diesem Parlament einen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Aber warum ist das so? – Es ist deswegen so, weil man sich streitet; man streitet sich um die besten Lösungen. Der eine macht diesen Vorschlag, der andere jenen, und es gibt Gegenargumente. Man streitet immer um das gleiche Thema und findet keine Lösung,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie hier im Bayerischen Landtag! Das ist die Parallele!)

um ein Megaproblem Europas zu lösen. Ich sage Ihnen: Ein Grund dafür, dass man keine Lösungen findet, ist, dass man mit Zähnen und Klauen nicht die humanitäre Frage, sondern die Abschottung in den Mittelpunkt aller politischen Bemühungen stellt. Das ist der Grund, warum man keine Lösungen findet. Wir müssen jetzt alle er-

kennen, dass diese Politik gescheitert ist, dass eine humanitäre Politik in den Mittelpunkt gestellt werden muss und nicht eine Grenzabschottungspolitik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man muss doch wirklich sagen: Leider war wieder eine Katastrophe wie vor Kurzem notwendig, um dieses Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Ich frage jetzt gerne auch etwas pointiert: Wie viele Katastrophen brauchen wir denn noch, um Lösungen zu finden? – Ich sage Ihnen ganz klar: Jede Lösung oder jeder Lösungsvorschlag, sei er auch noch so schwierig, sei er auch noch so differenziert zu betrachten und sei er auch noch so unzulänglich, auch wenn wir heute nicht bis ins letzte Formblatt die Konsequenzen wissen können, ist besser, als 1.000 Tote auf dem Mittelmeer. Das sollte uns doch hier in diesem Haus vereinen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Streiterei muss Schluss sein. Wir brauchen endlich Konzepte. Wenn es nicht anders geht, dann müssen wir auch für mehr legalen Zugang nach Europa sorgen. Da gibt es doch überhaupt keinen Zweifel; denn was ist die Alternative? Was ist die Alternative, um Himmels willen? – Die Alternative ist doch: Es werden weiter Menschen im Mittelmeer ertrinken.

Ich sage Ihnen eines: Europa ist nicht nur ein politischer Raum; Europa ist nicht nur ein Handelsclub oder ein Wirtschaftsverein – und das betonen Sie doch immer ganz gerne –; Europa ist auch eine Wertegemeinschaft. Welcher Wert in einer Wertegemeinschaft ist denn wichtiger als humanitäre Hilfe für vom Tod bedrohte Menschen, die auf dem Mittelmeer herumfahren? Welcher Wert ist wichtiger? – Ich meine: keiner. Wenn Europa – da zitiere ich den Papst der Katholischen Kirche – seine Seele nicht verlieren will in der Diskussion um diese Wertegemeinschaft, dann muss die Frage der humanitären Hilfe abgekoppelt werden von der Lösung eines zugegebenermaßen riesigen Problems in Europa. Humanitäre Hilfe ist isoliert zu betrachten, und es braucht

isolierte Lösungen, unabhängig von allen anderen Fragen. Das Ziel, Menschen zu retten, ist nicht verhandelbar. Das ist in einer Wertegemeinschaft nicht verhandelbar.

Auch unser Antrag, den wir hier heute stellen, ist kein Patentrezept, keine Frage, keine schnelle Lösung, und wir wissen, dass auch Vorschläge in unserem Antrag erst lang diskutiert werden müssen. Aber wir müssen doch endlich einen Anfang machen. Solange reflexartig jeder Vorschlag abgelehnt wird, der auch nur den Anschein hat, man würde drei Flüchtlinge aus Kriegsgebieten mehr in Europa haben, kommen wir nicht weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Für Hilfe auf der Flucht gibt es Sofortlösungen, im Gegensatz zu anderen Fragen,nämlich eine humanitäre Flotte auf dem Mittelmeer nach dem Vorbild von Mare Nostrum als europäisches Projekt. Da genügt es nicht, auf Frontex zu verweisen, auch was die Kosten betrifft. Sie wissen ganz genau, dass sich das Einsatzgebiet von Frontex und ihrer Organisation Triton auf die Grenzen Italiens beschränkt und nicht darüber hinausgeht. Das war bei Mare Nostrum völlig anders. Es gibt also eine Alternative zum Nichtstun, nämlich, eine humanitäre Flotte mit ausreichenden Mitteln auszustatten, um Menschen sozusagen von den furchtbaren Schiffen zu holen und sicher nach Hause oder nach Europa, wie man will, zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben gestern im Europaausschuss signalisiert, dass Sie dem Grundsatz humanitärer Hilfe zustimmen wollen, indem Sie einem SPD-Antrag zugestimmt haben. Das können Sie heute wiederholen. Daran hindert Sie niemand.

Zu den anderen Anträgen. Wir werden uns bei dem CSU-Antrag enthalten. Ich verweise hier auf die Diskussion im Europaausschuss und die Begründung, aus der hervorgeht, dass die Intention dieses Antrags immer noch von einer Grenzsicherung ausgeht. Lieber Herr Fahn, wir werden uns auch bei Ihrem Antrag enthalten – nicht deswegen, weil wir die Forderungen, die in ihm enthalten sind, nicht unterstützen, sondern weil Sie das Zehn-Punkte-Programm, das von der EU vorgeschlagen wird, so in

den Vordergrund stellen. Dieses Zehn-Punkte-Programm wird aber kein Problem in dem Sinn lösen, wie wir es hier diskutieren.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Pfaffmann, bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Dr. Fahn möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Pfaffmann, zunächst einmal stimmen wir in vielen Punkten mit Ihnen überein. Wir bitten Sie auch – in Berlin sind Sie ja mit in der Regierung –, dieses Thema offensiv zu vertreten; denn wir haben festgestellt, dass in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD kein Satz zur europäischen Flüchtlingspolitik stand. Deswegen sind Sie auch insgesamt ein bisschen im Rückstand, und da nehme ich CDU, CSU und SPD gleichermaßen zusammen. Es gab einfach nichts im Koalitionspapier, und da hat man auch nichts gemacht. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit einmal ganz klar sagen.

Ich bedauere, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen, weil er konkret die Forderungen enthält, die der Integrationsbeauftragte stellt. Vielleicht haben Sie heute die "Süddeutsche" gelesen. Da steht, dass das nicht ganz konkret ist; aber es ist ein erster Ansatz, auf dem man aufbauen kann. Am Donnerstag werden wir dann sehen, wie es weitergeht.

Ich appelliere noch einmal an die CSU, dem Antrag der FREIEN WÄHLER zuzustimmen, weil er genau die Punkte von Herrn Neumeyer enthält. Sie blamieren sich auf die Knochen, wenn Sie den Antrag der FREIEN WÄHLER, der inhaltlich voll mit Martin Neumeyer übereinstimmt, ablehnen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Letzteres war ein Appell an die CSU; das will ich nicht kommentieren. Zu der Frage, lieber Herr Fahn, dass im Koalitionsvertrag zu wenig zur Flüchtlingsfrage steht – das mag so sein –, kann ich Ihnen sagen: Ich nehme das gerne als Auftrag auf, mehr zu tun. Ich danke für den Hinweis. Es gibt aber auch ta-

gesaktuelle Ereignisse, die ein verstärktes Kümmern um ein bestimmtes Problem erforderlich machen. Genau das werden wir tun.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte Kollege Aiwanger. Sie sind dran.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute ein Thema, das uns zunehmend betrifft und das auch zunehmend die Öffentlichkeit mobilisiert. Ich hatte gerade eine Schulklasse als Besuchergruppe. Da haben die 15-, 16-jährigen Jugendlichen gefragt: Was tut denn der Landtag, um die Flüchtlingsproblematik zu bearbeiten und in den Griff zu bekommen?

Im letzten Jahr sind wohl 300.000 Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland gelandet. Heuer sind es vielleicht 500.000 mit oder ohne Einwanderungsgesetz, meine Damen und Herren. Da, glaube ich, beginnt die erste Lebenslüge der CSU, wenn sie sagt, ein Einwanderungsgesetz würde automatisch mehr Zuwanderung bedeuten. Das kann sein; es kommt darauf an, wie man das Einwanderungsgesetz gestaltet. Australien und Kanada haben Einwanderungsgesetze, und diese Länder leiden nicht unter einer völlig unkoordinierten, zufälligen Zuwanderung wie wir. Wir haben kein Einwanderungsgesetz, aber eine unkoordinierte Zuwanderung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir plädieren als FREIE WÄHLER dafür, uns ganz offen der Debatte zu stellen, welche Zuwanderung wir wollen und ob wir sie nicht vielleicht über ein Einwanderungsgesetz steuern können. Das ist die eine Baustelle. Auf der anderen Seite haben wir vielleicht zusätzlich zu der Debatte über ein Einwanderungsgesetz eine Fluchtbewegung, die wir nicht wegdiskutieren können. Sie beginnt nicht erst an den Häfen Nordafrikas, sondern vielleicht schon irgendwo in Zentralafrika, meine Damen und Herren. Da sind Menschen drei Jahre lang quer durch Afrika zu Fuß unterwegs. Erst dann erreichen

sie irgendwo ein Hafengebiet, suchen sich dort einen Schleuser und hoffen, irgendwann reisen zu dürfen.

Das heißt, selbst wenn wir unsere Politik auf das Mittelmeer konzentrieren würden, und selbst wenn wir alle Schiffe beschlagnahmen oder, was auch immer, tun würden, haben wir eine riesige humanitäre Katastrophe schon in Afrika. Deshalb, glaube ich, müssen wir mit dem anfangen, was der Redner der GRÜNEN gesagt hat und was wir FREIEN WÄHLER immer wieder ganz vorne hinstellen. Wir müssen Fluchtursachen in den Herkunftsregionen bekämpfen. Das kann in Mali sein, das kann im Libanon sein, und das kann in Eritrea sein.

Natürlich ist es schwierig, dort auf Systeme einzuwirken. Aber ich bin davon überzeugt, dass dieser Versuch zumindest unternommen werden muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Aiwanger, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bitte am Ende. – Wir müssen zu guter Letzt mehr Geld – nicht null Komma – einsetzen. Das werden einige Prozentpunkte sein müssen, um vielleicht in die betroffenen Länder, wenn es dort eine Dürrekatastrophe gibt, Lebensmittel zu bringen und an anderer Stelle vielleicht auf einen autoritären Herrscher wirtschaftlich einzuwirken und ihm zu sagen: Solange du mit den Menschen nicht anders umgehst, wird dieser oder jener Handel nicht stattfinden. Das kann uns Bruttosozialprodukt kosten, wird ihn aber vielleicht über kurz oder lang in die Knie zwingen. Das wird uns Geld kosten.

Wir müssen dort ansetzen, wo die Entwicklung beginnt, und nicht erst im Mittelmeer. Jetzt komme ich zum Mittelmeer. Natürlich ist es völlig unakzeptabel, dass Menschen in Schiffe steigen, viel Geld bezahlen und auf dem Weg ertrinken. Das dürfen wir nicht zulassen. Da ist die Frage: Was tun wir? Wir können natürlich einerseits Menschen

herausfischen – das müssen wir tun –, müssen aber auf der anderen Seite verhindern, dass sie überhaupt ins Boot steigen. Deshalb die Forderung der FREIEN WÄHLER, in Nordafrika Flüchtlingscamps einzurichten und die Menschen vor Ort vor dem Einsteigen ins Schiff medizinisch, mit Lebensmitteln usw. zu versorgen, damit sie diesen Weg gar nicht erst beschreiten.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Wenn wir die Menschen vielleicht wenige Kilometer vor ihrer Küste herausfischen, muss man sie nicht zwangsläufig nach Europa bringen, sondern man könnte den Kilometer zurückfahren und die Menschen ins Flüchtlingscamp bringen und ihnen sagen: Dort durchlauft ihr ein ordentliches Verfahren. Entweder seid ihr so qualifiziert, dass wir euch brauchen – dann fallt ihr unter die Regelungen des Einwanderungsgesetzes –, oder ihr seid wirklich politisch verfolgt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann werdet ihr legal nach Europa gebracht. Aber wir halten es innenpolitisch nicht aus, so zu tun, als würden wir alles wegdrücken, wenn wir nur Grenzkontrollen durchführen. Das löst die Probleme nicht. Deshalb meine Botschaft: Eigentlich müssen wir alle Anträge übereinanderlegen. Wir wollen bessere Verhältnisse in der Herkunftsregion, und Sie sprechen von einem Herausfischen im Mittelmeer.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie jetzt zum Ende.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sprechen von Grenzkontrollen und die GRÜNEN von einer optimalen Betreuung, wenn die Menschen da sind. Wir müssen alles tun, eines allein reicht nicht.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Steiner hat Ihnen noch zwei Minuten verschafft.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gerne.

Klaus Steiner (CSU): Herr Aiwanger, Sie fordern, die Flüchtlingsprobleme vor Ort zu bekämpfen. Ist Ihnen bekannt, dass in Syrien ein Bürgerkrieg herrscht und nur ganz wenige Syrer aus wirtschaftlicher Not kommen? Wie wollen Sie dieses Problem in Syrien bekämpfen? Der Grund für die Flucht aus Eritrea ist der Kriegs- oder Wehrdienst, wie immer man das nennt. Wie wollen Sie denn das bekämpfen? Sollen wir von Deutschland aus die eritreische Wehrpflicht oder den Kriegsdienst abschaffen? Sie müssen schon differenzieren, was in den Ländern los ist und welches die Fluchtgründe sind.

(Beifall bei der CSU)

Dann haben Sie – ich hoffe, ich habe Sie nicht missverstanden – Australien als Beispiel genannt und gesagt, dort gibt es keine Bootsflüchtlinge.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nicht in dem Umfang, wie wir in Europa sie haben.

Klaus Steiner (CSU): Das ist der größte Witz.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte keine Dialoge! Jetzt ist Herr Steiner dran.

Klaus Steiner (CSU): Wissen Sie, wie Australien mit den Leuten umgeht? Das sollten Sie einmal nachlesen. Dann wären Sie ganz ruhig.Wollen Sie Australien tatsächlich als Beispiel heranziehen? Gibt es dort tatsächlich keine Bootsflüchtlinge? Diese Flüchtlinge werden radikal zurückgeschickt.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Australien hat ein Einwanderungsgesetz und sehr viel weniger Flüchtlinge.

Klaus Steiner (CSU): Australien hat ein Einwanderungsgesetz, das die Einwanderung in den Arbeitsmarkt, in die Gesellschaft regelt. Viele verwechseln aber etwas: Unser Asylrecht ist kein Instrument der Einwanderung, gleich, wo die Menschen herkommen. Das Asylrecht folgt einem völlig anderen Ansatz. - Ich habe es schon angedeutet:

Australien schickt die Flüchtlinge auf irgendwelche Inseln und dann radikal zurück, und zwar zu 100 %.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das beweist doch gar nichts. – Ich danke Ihnen dennoch für Ihre Zwischenfrage, weil ich dadurch wieder Zeit gewinne; in vier Minuten konnte ich nicht alles erklären.

Obwohl in Australien ein Einwanderungsgesetz gilt, kommen dort nicht so viele Menschen hin, wie es von der CSU für Deutschland befürchtet wird. Deshalb habe ich Australien als Beispiel genannt. Man kann ein Einwanderungsgesetz sehr liberal – nach dem Motto: "Alle zu uns!" – oder als Abschottungsgesetz ausgestalten. Darüber müssten wir dann diskutieren. Die CSU behauptet aber immer, ein Einwanderungsgesetz bedeute per se mehr Einwanderung. Sie haben letztlich genau das bestätigt, was ich gesagt habe.

Ich komme auf Syrien zurück. Wir können nicht alle Problem vor Ort, das heißt in Syrien, lösen. Das habe ich auch nicht behauptet. Ich wiederhole das, was ich schon von diesem Rednerpult aus gesagt habe: Wir müssen das Problem mit den Flüchtlingen aus Syrien nicht entweder in Syrien oder in Deutschland lösen, sondern dazwischen, im Libanon, in Jordanien, in der Türkei. In diesen Ländern machen die Flüchtlinge Zwischenstation. Dort befinden sich riesige Flüchtlingscamps auf freiem Feld.

Ich erinnere an unsere Aktion, die wir gemeinsam mit Christian Springer gestartet haben. Er sagt, dass dort zum Beispiel Feuerwehrausrüstung gebraucht wird, um in den Flüchtlingscamps für so sichere Verhältnisse sorgen zu können, dass diese Menschen nicht alle über das Mittelmeer wollen. - Morgen habe ich einen Gesprächstermin mit Innenminister Herrmann. Ich habe ein fast neues, super einsatzfähiges Feuerwehrfahrzeug und versuche, dieses in den Libanon zu bringen, damit die Menschen dort bleiben und nicht morgen nach Freising wollen. Bayern kann sich beteiligen. Wir können von hier aus Hilfe organisieren. Wir haben Konzepte. Bitte unterstützen Sie uns!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun bitte ich Frau Ministerin Dr. Merk zum Rednerpult.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Jahr 2013 innegehalten und hätten uns damals nicht vorstellen können, dass wir heute noch einmal innehalten müssen. Aber wir dürfen nur innehalten, um sehr, sehr aktiv zu werden. Die Bilder sind niederschmetternd. Sie begleiten uns. Sie machen uns traurig. Sie machen uns unendlich wütend.

Ich gebe jenen recht, die gefordert haben, es müsse Schluss sein mit Streit. Auch ich meine, in einer solchen Situation sollte man sich nicht streiten, selbst wenn man unterschiedliche Meinungen vertritt.

Bisher haben die Mühlen in Europa viel zu langsam gemahlen. Wir haben schon oft einen Krisengipfel gefordert, einen Gipfel, der sich insbesondere mit dem Thema Flüchtlinge befasst. Ich habe ihn damals "Sondergipfel" genannt. Jetzt gibt es den Krisengipfel. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Bundeskanzlerin morgen die richtigen und wichtigen Forderungen stellen wird. Eine Maßnahme wird nicht ausreichen; wir brauchen ein ganzes Bündel an Maßnahmen.

Zuallererst muss – in Anknüpfung an Mare Nostrum – eine ausreichende Seenotrettung auf dem Mittelmeer installiert werden. Die europäischen Länder können sich beteiligen, indem sie finanzielle Hilfe leisten oder Schiffe schicken. Wir brauchen eine bessere Seenotrettung sehr, sehr schnell. Es darf nicht noch einmal zu einem so fürchterlichen Drama kommen, wenngleich wir nie verhindern können, dass ein Schiff auf dem Mittelmeer nicht rechtzeitig genug erreicht wird, wenn es in Seenot gerät.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Wir müssen mehr Möglichkeiten haben, als es im Moment der Fall ist. Die Operation Triton bietet diese Mög-

lichkeiten nicht, obwohl mir die Verantwortlichen vor Kurzem gesagt haben, dass sie im Moment nichts anderes tun, als Menschenleben zu retten. Sie können sich aber selbst ausrechnen, was passiert, wenn die Schiffe erst von Italien bis kurz vor die libysche Küste fahren müssen.

Ich sage auch klipp und klar – andere haben es schon gesagt –: Wir brauchen den konsequenten Kampf mit allen Mitteln gegen Schlepper.

(Beifall bei der CSU)

Das sind Verbrecher, das sind Mörder, das sind Leute, die Terroristen unterstützen.

Dann müssen wir uns überlegen, was wir tun können, damit die Menschen nicht in die Boote steigen und gar nicht erst in Gefahr kommen. Das werden wir so schnell nicht hinbekommen. Dennoch müssen wir das Problem massiv angehen. Ich bin froh, dass der Entwicklungshilfeminister Gerd Müller die gesamte Entwicklungszusammenarbeit auf neue Beine stellt, anders arbeitet und sich den Fluchtursachen intensiv widmet.

Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich vor allem auf die Länder konzentrieren, aus denen die Flüchtlinge kommen. Wir müssen dabei helfen, dass dort aus politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten wieder Chancen für die Menschen entstehen können. Die – stabileren – Nachbarstaaten der Staaten mit schwierigen Verhältnissen bedürfen unserer besonderen Unterstützung, da sie schon viele Menschen aufgenommen haben. Einige Nachbarländer Syriens beherbergen momentan Tausende von Flüchtlingen. Sie brauchen noch mehr Hilfe als bisher. Wir müssen uns auch dort einsetzen, wo politische und religiöse Grundkonflikte entstehen – das ist gerade im Nahen Osten der Fall -, die es dem IS überhaupt ermöglichen, auf seine grausame Art zu wirken. Das ist eine enorme Herausforderung für die Weltgemeinschaft.

In diesem Zusammenhang nenne ich natürlich auch Libyen. Wir müssen alle Bemühungen unterstützen, die darauf zielen, aus den zersplitterten Gruppen mit jeweils ei-

genen Regierungen eine zentrale Regierung zu formen. In Libyen funktioniert manches noch. In einigen Bereichen der Wirtschaft verzeichnen wir eine gewisse Stabilität. Wir können dort noch etwas erreichen, müssen uns aber massiv darum kümmern.

Wir müssen uns auch über Folgendes im Klaren sein – ich hoffe, das sind wir alle hier –: Europa kann nicht alle Menschen, die sich auf den Weg machen, aufnehmen. Das schaffen wir nicht. Wir müssen ganz ehrlich sagen, wen und wie viele Menschen wir aufnehmen können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dafür brauchen wir ein Einwanderungsgesetz!)

Um Zahlen nennen zu können, brauche ich kein Einwanderungsgesetz. Ich brauche keine Kodifizierung, wenn es längst legale Einwanderungsmöglichkeiten, zum Beispiel über Visa-Verfahren, gibt. Ein Einwanderungsgesetz brauchen wir dafür nicht. Wir brauchen sehr wohl sehr viel Geld für die Entwicklungszusammenarbeit. Wir brauchen sehr viel mehr Initiativen, um zerrüttete Herkunftsstaaten zu stabilisieren.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte darum, das Reden einzustellen und der Ministerin das Wort zu gönnen.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Wir brauchen nicht nur den Schutz unserer Außengrenzen, sondern auch den Schutz der afrikanischen Grenzen. Wir sehen doch, dass aus Tunesien und Ägypten so gut wie keine Flüchtlinge kommen, während die 1.700 Kilometer lange Grenze Libyens nicht geschützt ist.

Noch etwas muss ich klar sagen: Wir betreiben keine Abschottungspolitik. Die Zahlen für Deutschland und für ganz Europa sprechen eine andere Sprache. Wir brauchen nur die Zahlen für das gesamte Jahr 2014 und das erste Quartal 2015 zu vergleichen. Wir verzeichnen eine deutliche Steigerung. Im gesamten Jahr 2014 kamen 200.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Allein im ersten Quartal 2015 waren es

85.000. Daran sehen wir schon, dass sich in diesem Jahr die Zahl gegenüber dem Vorjahr verdoppeln wird. Nach Bayern kamen im ersten Quartal 2015 13.000 Menschen, während es im gesamten Jahr 2014 "nur" 29.000 waren. Daraus können wir hochrechnen, was noch auf uns zukommen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden noch viele Menschen aufnehmen müssen. Wenn wir uns anschauen, was im Umkreis von Syrien passiert, was in Ländern passiert, in denen es möglicherweise jetzt auch zu massiven Ausreisen kommt, weil es Bürgerkrieg gibt, dann wissen wir, dass diese Menschen bei uns auch Asyl haben müssen.

Aber eines müssen wir einfordern, und das ist meines Erachtens etwas, was wir sehr laut und sehr stark einfordern müssen: europäische Solidarität. Es kann nicht sein, dass allein fünf Länder in Europa den großen Teil von 75 % der Flüchtlinge aufnehmen. Das kann und darf nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Wenn andere Länder in Europa in anderen Beziehungen, ob das Wirtschaftsbeziehungen oder sonstige Beziehungen sind, Solidarität der Europäischen Union verlangen, dann müssen wir auch, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, insgesamt von europäischen Ländern Solidarität verlangen. Das ist ein humanitäres Gebot an Europa.

Wir müssen humanitäre Hilfe bei uns leisten, wie gesagt, für die Menschen, die einen Asylgrund haben – es wird sehr viele von ihnen geben –, und wir müssen humanitäre Hilfe leisten in den Herkunftsländern und in den Nachbarländern, in den sogenannten Drittländern. Da geht es um den Schutz von Menschen aus Kriegsgebieten wegen Folter, wegen Verfolgung, um Menschen, die nicht anders leben können, als dass sie zu uns kommen, weil sie sonst ermordet werden. Die Differenzierung zwischen denjenigen, die in Haft gekommen sind, die im Krieg waren, die in Folter waren, die verfolgt worden sind, und denjenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen, so schwer-

wiegend auch wirtschaftliche Gründe sein mögen, ist und bleibt richtig, und an ihr muss sich auch unsere Flüchtlingspolitik orientieren.

In diesem Sinne bitte ich um ein Zusammenhalten. In diesem Sinne bitte ich darum, die Forderungen laut zu erheben und sich stark hinter eine Kanzlerin zu stellen, die morgen für uns auf dem Flüchtlingsgipfel sprechen wird. Ich hoffe sehr – das ist mein ganz, ganz großer Wunsch –, dass dieser Krisengipfel so schnell wie möglich im Mittelmeer für Hilfe sorgt, aber uns auch die Möglichkeit gibt, in den Herkunftsländern ein Vielfaches von dem zu tun, was wir bisher geleistet haben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Staatsministerin, kleinen Moment bitte. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Fahn. Bitte sehr.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, ich bin froh, dass der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung jetzt auch anwesend ist. Er hat gestern auch verschiedene Vorschläge genannt. Da möchte ich gern wissen, ob Sie diese auch unterstützen:

Erstens, offensives Einsetzen nach nachvollziehbaren Kriterien,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

verbindliche Quoten, nach denen Flüchtlinge gerecht den Mitgliedstaaten zugeteilt werden; zweitens, einheitliche europäische Standards bei der Errichtung und Betreuung der Flüchtlingsunterkünfte; drittens, eine zeitnahe Rücksendung abgelehnter Asylbewerber; viertens, ein neues Konzept – wir haben kein Einwanderungsgesetz – für die Einwanderung, damit mehr Menschen die Möglichkeit erhalten, legal nach Europa zu kommen, und fünftens, eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik, um die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern deutlich zu verbessern.

Was sagen Sie zu diesen fünf Punkten? Unterstützen Sie diese? Sie sind übrigens auch Teil des Antrags der FREIEN WÄHLER, Punkte, die wir von Herrn Neumeyer übernommen haben. Er nickt jetzt gerade.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Ich habe Ihnen, Herr Fahn, die Punkte gesagt, die mir wichtig sind. Ich kann mir zum Beispiel auch nicht vorstellen, dass wir überall in Europa die gleichen Standards erreichen können, wenn es um die Unterbringung von Flüchtlingen geht. Das sage ich ganz klar, weil ich die europäischen Länder kenne und weil ich weiß, welche Möglichkeiten sie haben. Wir müssen insgesamt Themen, die über die Punkte, die ich jetzt genannt habe, hinausgehen, miteinander diskutieren und uns da auf einen Weg begeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Frau Kollegin Kamm hat sich noch zu einem Redebeitrag gemeldet. Frau Kamm, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, wir müssen sehr aktiv werden, und wir haben hier einen Konsens wenigstens dahin gehend, dass Menschen gerettet werden müssen und dass mehr Entwicklungsarbeit geleistet werden muss. Aber wir hoffen doch sehr, dass das auch wirklich dazu führt, dass bei dem europäischen Gipfel tatsächlich auch die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Der derzeitige Zehn-Punkte-Plan reicht definitiv nicht und ist in der vorliegenden Form abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie haben erwähnt, es gebe legale Einreisemöglichkeiten. Es gibt sie vielleicht für manche, aber es gibt sie keineswegs in ausreichendem Maße und vor allen Dingen nicht für die, die dringend der Hilfe bedürfen. Es war richtig, dass Deutschland ein Kontingent für syrische Flüchtlinge aufgelegt hat, und es war nicht

richtig, dass dieses Kontingent nicht aufgestockt worden ist. Ich denke, wir müssen hier mehr tun. Wir brauchen in Europa eine solidarische Aufnahme von Flüchtlingen. Das ist eine große Aufgabe in dieser Krisensituation, die nicht alltäglich ist. Deswegen dürfen wir auch nicht zu Business as usual zurückkehren und uns nicht wie in dem CSU-Antrag lediglich auf Grenzschutz konzentrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Kamm.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt eine kurze Pause gemacht, weil die Fraktion der FREIEN WÄHLER zu ihrem Antrag auch noch namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich schlage jetzt folgende Vorgehensweise vor: Wir stimmen jetzt über die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CSU und SPD in einfacher Form ab. Das würden wir jetzt gleich machen. Dann hätten wir noch die namentliche Abstimmung vorzunehmen zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Wahl der Eltern und Schüler ernst nehmen: Alle Anmeldungen auf G9 umsetzen und niemand abweisen!" – Ich bitte um Ihre Zustimmung, dass wir diese namentliche Abstimmung jetzt gleich mit hineinnehmen und nicht extra die 15 Minuten noch in Anspruch nehmen. Wenn dem zugestimmt wird, bitte ich um ein Handzeichen. – Das scheint mir dann doch ein allgemeiner Konsens zu sein. Vielen Dank.

Ich schließe die Aussprache, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6213 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD. Gegenstimmen? – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6234 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

– CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Die SPD. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6235 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich schlage vor, dass wir jetzt in die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/6236 eintreten. Anschließend gibt es eine namentliche Abstimmung zu dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt. Ihnen stehen fünf Minuten zur Verfügung. Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17.10 bis 17.15 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Sitzungssaals zu ermitteln.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Damit komme ich zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6212 der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Wahl der Eltern und Schüler ernst nehmen: Alle Anmeldungen auf G9 umsetzen und niemand abweisen!"

Ich eröffne hierzu die namentliche Abstimmung. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.16 bis 17.19 Uhr)

Ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/6214 bis 17/6219 und 17/6232 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans-Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Menschenwürde achten, Flüchtlingsdramen nachhaltig verhindern", Drucksache 17/6236, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 15, mit Nein haben gestimmt 90, enthalten haben sich 52 Abgeordnete. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Menschenwürde achten, Flüchtlingsdramen nachhaltig verhindern (Drucksache 17/6236)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			X
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			X
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian			X
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			X
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert			X
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			X
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			X
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			X
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. **Wengert** Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	15	90	52